

Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage Nr.1083
des Abgeordneten Michael Jungclaus
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 5/2789

Gehwegparken in Brandenburg

Wortlaut der Kleinen Anfrage Nr. 1083 vom 11.02.2011:

Konflikte und Unfälle im Straßenverkehr entstehen häufig durch das gesetzwidrige Parkverhalten der AutofahrerInnen, da hierdurch die nicht motorisierten VerkehrsteilnehmerInnen, wie FußgängerInnen und RadfahrerInnen, stark eingeschränkt und zum ausweichen gezwungen werden. Diese unfreiwilligen und notgedrungenen Ausweichmanöver der betroffenen Fuß- und RadfahrerInnen erhöhen deren Unfallrisiko stark. Nach Einschätzung des Fachverbandes Fußverkehr Deutschland, FUSS e.V., hat sich das Problem der Falschparkenden auf Geh- und Radwegen in den letzten Jahren verschärft.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie viele Bußgeldbescheide wegen der Ordnungswidrigkeit "Unzulässig geparkt auf Geh- bzw. auf Radflächen" haben die Polizei und die Ordnungskräfte jährlich in den letzten fünf Jahren ausgestellt?
2. In wie vielen Fällen hat die Polizei Fahrzeuge von den jeweiligen Verkehrsflächen jährlich in den letzten fünf Jahren, z.B. aus dringenden Verkehrssicherheitsgründen, entfernen lassen?
3. Wie sind diese Ordnungswidrigkeiten der letzten fünf Jahre regional in Brandenburg verteilt und wird die Verfolgung dieser Ordnungswidrigkeit flächendeckend mit der gleichen Intensität vollzogen?
4. Wie bewertet die Landesregierung die oben genannte Einschätzung des Fachverbandes FUSS e.V. und was unternimmt sie, um der Verschärfung des Problems entgegen zu wirken?

Datum des Eingangs: 14.03.2011 / Ausgegeben: 21.03.2011

Namens der Landesregierung beantwortet der Minister des Innern die Kleine Anfrage wie folgt:

Für die Überwachung des ruhenden Straßenverkehrs sind nach § 47 Abs. 2 OBG die örtlichen Ordnungsbehörden unbeschadet der Zuständigkeit der Polizeibehörden zuständig. Die Polizei verfolgt Verstöße im ruhenden Verkehr nur im Rahmen der Eilzuständigkeit und nur dann, wenn durch die Verstöße eine konkrete Gefährdung oder Behinderung anderer Verkehrsteilnehmer entsteht.

Frage 1: Wie viele Bußgeldbescheide wegen der Ordnungswidrigkeit "Unzulässig geparkt auf Geh- bzw. auf Radflächen" haben die Polizei und die Ordnungskräfte jährlich in den letzten fünf Jahren ausgestellt?

zu Frage 1: Die Anzahl der kommunal ausgestellten Bescheide kann nicht aufgelistet werden, da in den Ordnungsbehörden keine durchgehende statistische Datenerhebung erfolgt. Von der Bußgeldstelle der Polizei wurden auf Grund von Parkverstößen auf Rad- und Gehwegen folgende Anzeigen erfasst:

2006	-	5.359
2007	-	3.645
2008	-	3.346
2009	-	2.677
2010	-	2.162

Frage 2: In wie vielen Fällen hat die Polizei Fahrzeuge von den jeweiligen Verkehrsflächen jährlich in den letzten fünf Jahren, z.B. aus dringenden Verkehrssicherheitsgründen, entfernen lassen?

zu Frage 2: Hierzu kann keine Aussage getroffen werden, da im Berichtswesen der Polizei keine statistische Erfassung hinsichtlich der Umsetzung von Fahrzeugen mit dem Bezug auf Falschparken auf Geh- bzw. Radwegen vorgesehen ist.

Frage 3: Wie sind diese Ordnungswidrigkeiten der letzten fünf Jahre regional in Brandenburg verteilt und wird die Verfolgung dieser Ordnungswidrigkeit flächendeckend mit der gleichen Intensität vollzogen?

zu Frage 3: Die regionale Verteilung der Ordnungswidrigkeiten wird nicht landesweit statistisch erfasst.

Frage 4: Wie bewertet die Landesregierung die oben genannte Einschätzung des Fachverbandes FUSS e.V. und was unternimmt sie, um der Verschärfung des Problems entgegen zu wirken?

zu Frage 4: Die Einschätzung des Verbandes kann von der Landesregierung nicht geteilt werden. Demgegenüber ist darauf hinzuweisen, dass die Zahl der getöteten Fußgänger und Fahrradfahrer im Vergleich der Jahre 2010/2009 im Land Brandenburg von 41 auf 24, um 42,8 % gesunken ist. Gleichwohl werden durch die Ordnungsbehörden und durch die Polizei im Rahmen ihrer jeweiligen Zuständigkeit auch weiterhin entsprechende Verkehrsüberwachungsmaßnahmen zur Prävention besonderer Gefährdungen von Fußgängern und Fahrradfahrern durchgeführt werden.